

## **Rollenkarten „Rentenversicherung“**

*Renate Meister, Arbeitgebervertreterin*

Ist Präsidentin der Bundesvereinigung der Deutschen Arbeitgeberverbände (BDA) und Inhaberin eines Familienunternehmens mit 2000 Mitarbeiter\*innen. Fühlt sich für ihre Leute im Betrieb, den sie in dritter Generation führt, verantwortlich. Ist der festen Überzeugung, dass zu hohe Lohnnebenkosten der Wettbewerbsfähigkeit der deutschen Wirtschaft schaden. „Wir werden dann einfach zu teuer im internationalen Vergleich.“ Auf gar keinen Fall dürfen daher die Rentenbeiträge steigen; sie sollten eher sogar sinken. Ist daher für eine moderate Erhöhung des Renteneintrittsalters. Das entlastet das System. „Wir leben doch alle viel länger als die Generationen vor uns. Da können wir auch ein wenig länger arbeiten.“

*Andreas Roth, Arbeitnehmervertreter*

Ist im Vorstand der Gewerkschaft Nahrung – Genuss – Gaststätten (NGG). Seine Mitglieder arbeiten in Branchen, in denen traditionell nicht so gut verdient wird. Viele müssen sich etwa in den Wintermonaten arbeitslos melden und halten sich mit steuer- und beitragsfreiem Trinkgeld über Wasser. Daher ist es sowieso schon schwer, sich in diesen Branchen eine Rente aufzubauen, die im Alter trägt. „Wir müssen unbedingt Altersarmut vermeiden“. Möchte, dass die Beiträge so stark steigen, dass man nach 35 Jahren in Vollzeit eine Rente deutlich jenseits der Grundsicherung Sozialhilfe im Alter) verdient. „Sonst verliert unser Rentensystem an Glaubwürdigkeit und immer weniger zahlen ein, arbeiten stattdessen lieber schwarz.“

*Gabriele Haag, Arbeitnehmervertreterin*

Ist Vorsitzende der Bundesvereinigung Evangelischer Arbeitnehmerverbände (BVEA). Nimmt aus ihren Reihen wahr, dass viele Mütter im Alter ein hohes Risiko haben, zu verarmen, weil sie nicht lange genug arbeiten können, um „sich eine Rente aufzubauen“. Fordert daher, dass Erziehungszeiten in der Rentenberechnung viel mehr berücksichtigt werden müssten. „Immerhin ist Kindererziehung eine Leistung für die gesamte Gesellschaft“. Daher sollten die Erziehungszeiten über einen Steuerzuschuss finanziert werden.